



Free Mandela!

Wie der Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, wichtigster Vermittler der DDR für humanitäre Angelegenheiten, versuchte, den Freiheitskämpfer aus dem Gefängnis des südafrikanischen Apartheidregimes zu holen.
 Von Ulrich van der Heyden

SEITEN 12/13

Fatales Bündnis

Ungarn: Am Sonntag wird gewählt.
3 Opposition hofft auf Sieg, zusammen mit Neofaschisten

Razzia bei Nav-Dem

Kurdisches Gesellschaftszentrum
4 klagt gegen Unterstellung, es sei von verbotener PKK gesteuert

Geplatzte Lügen

Giftanschlag auf Skripal: Forscher
7 widersprechen britischer Regierung. Außenminister angezählt

Ignorierter Beitrag

Flora Tristan war feministische Sozialistin und Ideengeberin für Karl Marx. Von Florence Hervé
15

Tätern ein Gesicht geben



Krieg made in Germany: Neues globales Netzwerk gegen Waffenhandel will die Profiteure gewaltsamer Konflikte benennen. **Von Jan Greve**

Gewehre von Heckler und Koch wie das »G 36« erfreuen sich mörderischer Beliebtheit

RALPH ORLOWSKI/REUTERS

Deutsche Waffen töten weltweit, und das hat Tradition. Nicht nur in den letzten Wochen während der türkischen Offensive in Syrien kamen hierzulande produzierte Rüstungsgüter zum Einsatz, schon vor rund 100 Jahren während des Völkermords an den Armeniern durch das Osmanische Reich war das der Fall. Die Waffenschmieden können frohlocken: Während das Kriegsgeschäft weiter global floriert, laufen nationale Exportrichtlinien ins Leere, und keinen Regierungspolitiker scheint das zu kümmern.

Am Donnerstag hat sich in Berlin das Netzwerk »Global Net – Stop The Arms Trade« (GN-STAT, zu deutsch: Globales Netz – Stoppt den

Waffenhandel) gegründet. Ein breites Bündnis sozialer Akteure will den »tödlichen Entscheidungen«, die im Bundeskanzleramt zugunsten der heimischen Rüstungsindustrie getroffen werden, entgegenreten. So erklärte es der Friedensaktivist Jürgen Grässlin, der unter anderem Sprecher der Kampagne »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« ist. Das Ziel des Bündnisses seien dabei nicht allein die Recherchen zu Rüstungsexporten, sondern insbesondere auch Aktionen, um diesem mörderischen Business Einhalt zu gebieten. Dafür sollen sich Friedensaktivisten und Rechtsanwälte, Journalisten und Künstler weltweit zusammenfinden. Seit Donnerstag ist der Onlineaufruf des Netzwerkes

beim Völkermord an den Armeniern zwischen 1895 und 1915 vorgestellt. Der investigative Journalist Wolfgang Landgraber stellte klar, dass deutsche Exportwaffen die materielle Grundlage für den Völkermord an den Armeniern lieferten. Bei der Arbeit des Netzwerkes gehe es aber nicht allein um einen besseren »Geschichtsunterricht«, betonte der Allgemeinmediziner Helmut Lohrer. Das Mitglied im internationalen Vorstand der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) verwies auf den deutlichen Anstieg an Rüstungsexporten in den letzten Jahren. Trotz aller gegenteiligen Bekundungen habe der frühere Wirtschafts-

minister Sigmar Gabriel (SPD) die Exporte kräftig angekurbelt. Das tödliche Geschäft laufe aktuell prächtig: Seit dem Beginn der türkischen Offensive am 20. Januar dieses Jahres habe die Bundesregierung Waffenexporte im Wert von mehr als vier Millionen Euro an die Türkei genehmigt. Insgesamt verschärfe die Arbeitsteilung der Rüstungsfirmen die Lage. Produktionskapazitäten würden verlagert, die Endmontage von Waffen werde in andere Länder verschoben. Dadurch können die Rüstungskonzerne des globalen Nordens ihre Position sichern und die Kriegsschauplätze des Südens fortlaufend mit Waffen versorgen.

Das nächste Projekt des Netzwerkes steht bereits fest: Der illegale Handel von Heckler und Koch mit »G-36«-Gewehren in mexikanischen Konfliktgebieten soll beleuchtet werden. Die Vorstellung des dazugehörigen Berichts findet im Mai kurz vor dem Beginn eines Prozesses im Stuttgarter Landgericht statt, bei dem der ehemalige Heckler-und-Koch-Geschäftsführer Peter Beyerle auf der Anklagebank sitzt. Ihm wird unter anderem der vorsätzliche Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vorgeworfen. Bereits 2010 hatte Jürgen Grässlin Strafanzeige gegen Beyerle und weitere Mitarbeiter des Konzerns gestellt.

gn-stat.org

Neuer Anlauf in Katalonien



Barcelona. Die Parteien der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung wollen offenbar erneut versuchen, Jordi Sánchez (Foto) zum Präsidenten der Generalitat zu wählen. Ein erster Anlauf war im März gescheitert, weil der seit einem halben Jahr inhaftierte ehemalige Chef der Bürgerinitiative Katalanische Nationalversammlung (ANC) nicht persönlich an der Abstimmung im Parlament teilnehmen konnte. Das UN-Menschenrechtskomitee verlangte daraufhin am 21. März von Madrid, dem gewählten Abgeordneten Sánchez die Ausübung seiner politischen Rechte zu ermöglichen. Der frühere Regierungschef Carles Puigdemont forderte in einem Brief aus dem Gefängnis in Neumünster die Abgeordneten seiner Partei auf, für Sánchez zu votieren. Wann die Abstimmung stattfinden soll, war am Donnerstag noch offen. (jw)

Siehe Seiten 2 und 4

US-Handelsdefizit weiter gestiegen

Washington. Das Defizit in der US-amerikanischen Handelsbilanz ist im Februar deutlich gestiegen. Es vergrößerte sich um 900 Millionen auf 57,6 Milliarden US-Dollar (rund 46,9 Milliarden Euro), wie das Handelsministerium am Donnerstag in Washington mitteilte. Das ist der höchste Wert seit Oktober 2008. Der Überschuss der Einfuhren gegenüber den Ausfuhren ist damit den sechsten Monat in Folge gestiegen. Importe und Exporte legten im Februar um jeweils 1,7 Prozent zu. Nachdem die USA 25prozentige Strafzölle auf Importe aus China in Höhe von 50 Milliarden Dollar angekündigt hatten, konterte China umgehend mit eigenen Strafgebühren auf Importe aus den USA in gleicher Höhe. »Die US-Wirtschaft wird einen schweren Schlag hinnehmen müssen, wenn sie den weltgrößten Verbrauchermarkt in China verliert«, warnte das chinesische Parteiorgan *People's Daily* am Donnerstag in einem Kommentar. (dpa/jw)

Grünes Licht für Rechtsbeugung

Brasiliens Oberstes Gericht macht Weg frei für Inhaftierung von Expräsident Lula da Silva

Nach einer mehr als zehnstündigen Sitzung lehnte der Oberste Gerichtshof (STF) in Brasília am Donnerstag einen Antrag des früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva ab. Dessen Verteidigung wollte erreichen, dass der Politiker von der Arbeiterpartei (PT) in Freiheit verbleibt, bis alle Rechtsmittel gegen eine zwölfjährige Haftstrafe ausgeschöpft sind. Parteiische Richter hatten ihm Korruption und Geldwäsche angehängt.

Der Antrag, über den gestern entschieden wurde, gründete sich auf einen Verfassungsartikel, nach dem die Un-

schuldsvermutung so lange weiter gilt, bis ein Urteil endgültig Rechtskraft erlangt. Das Votum fiel mit sechs zu fünf Stimmen knapp aus. Nach einem Patt war die der Präsidentin des Tribunals, Cármen Lúcia, ausschlaggebend.

Durch die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs kann nun jederzeit Lulas Haftantritt angeordnet werden. In den vergangenen Tagen waren landesweit Solidaritätsveranstaltungen für ihn abgehalten worden. Der 72jährige möchte als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst antreten. Nach Umfragen wäre er unangefochtener Fa-

vorit. Es ist jedoch absehbar, dass die Justiz ihm den Antritt zur Wahl verbieten wird.

Auch Lula-Gegner gingen auf die Straße. In großen Zeitungen waren ganzseitige Anzeigen mit Aufrufen rechter »Bewegungen« zu sehen. Von aktiven Generälen und hochrangigen Reservisten wurde über die Medien der Globo-Gruppe ein Militärputsch in Aussicht gestellt, sollte die Justiz Lula nicht aus dem Verkehr ziehen. Der faschistische Abgeordnete Jair Bolsonaro forderte das Tribunal am Mittwoch in Brasília auf, Lula »als gewöhnlichen

Banditen« zu behandeln. Der Expräsident verfolgte das Verfahren vom Sitz der Metallarbeitergewerkschaft in São Bernardo do Campo aus.

In einer Erklärung spricht die Arbeiterpartei von einem »tragischen Tag für die Demokratie und für Brasilien«. Die Mehrheit des STF »sei vor dem durch *Rede Globo* erzeugten skandalösen Druck in die Knie gegangen«. Die PT werde für Lulas Kandidatur weiterkämpfen: »auf den Straßen und in allen Instanzen, bis zur letzten Konsequenz«.

Peter Steiniger

Siehe auch Kommentar Seite 8

jw wird herausgegeben von 2.095 Genossinnen und Genossen (Stand 20.3.2018)
 www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607